

POSTULAT von Ursula Braunschweig-Lütolf (SP, Winterthur) und Willy Germann (CVP, Winterthur)

betreffend Invalidisierung von BVK-Versicherten

Der Regierungsrat wird ersucht, in einem Bericht

1. die Ursachen für die massive Zunahme der Anzahl invalidisierter BVK-Versicherter im Zeitraum 1993-2003 zu beleuchten,
2. die Berufe zu eruieren, in denen die IV-Bezügerinnen/-Bezüger tätig waren,
3. die durch Invalidisierungen verursachten Leistungen der BVK aufzuzeigen,
4. vorbeugende Massnahmen und rasch umsetzbare Möglichkeiten der Wiedereingliederung von Menschen, die eine IV-Rente beziehen, in einen Arbeitsprozess, zum Beispiel innerhalb der kantonalen Verwaltungen

aufzuzeigen.

Ursula Braunschweig-Lütolf
Willy Germann

313/2004

Begründung:

Dem Geschäftsbericht 2003 der BVK ist zu entnehmen, dass zwischen 1993 und 2003 die Anzahl der IV-Bezügerinnen/-Bezüger unter den BVK-Versicherten von 989 auf 2'248 angestiegen ist. Im gleichen Zeitraum hat die Anzahl versicherter Personen nur um gut 25 Prozent (14'494 Personen) zugenommen.

Behindertenorganisationen verweisen im Zusammenhang mit der allgemeinen Zunahme von IV-Rentnern aufzunehmenden Druck und Vereinsamungstendenzen am Arbeitsplatz, welche das Risiko für psychische und psychosomatische Krankheiten erhöhen und auf den Abbau von Nischenarbeitsplätzen.

Der Bericht soll insbesondere Lösungen aufzeigen zur Prävention vorzeitiger Invalidisierung (Sensibilisierung der Vorgesetzten), zur schnellen Bearbeitung von Krankheitsfällen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen innerhalb der kantonalen Verwaltung (aber nicht nur) für Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit, zur Hilfe bei der Wiedereingliederung Betroffener.